

Neue Grundlagen

Die Vorschläge der „Grünen Alternative“

Bei den Europawahlen am 10. Juni 1979 tritt unter dem Namen „Die Grünen“ eine grüne Einheitsliste an. Die Zersplitterung der ökologischen Bewegung ist überwunden; die Grünen entwickeln sich in lebendiger Vielfalt, aber in der Auseinandersetzung mit den etablierten Atomparteien formieren sie sich in lebendiger Vielfalt zu wirkungsvoller politischer Einheit.

In unserer Ausgabe vom 28. April 1979 haben Dr. Herbert Gruhl, August Haußleiter und Georg Otto die Ziele der GAZ, der AUD und der GLU dargestellt. Im nachfolgenden Aufsatz stellen Joseph Beuys und Wilfried Heidt die Vorstellungen der „Freien Internationalen Universität“ und des „3. Weges“ dar, die ebenfalls „Die Grünen“ unterstützen. Für diese alternative Gruppe kandidieren unter den ersten zehn Bewerbern der „Grünen“ Joseph Beuys und Milan Horacek.

Wir geben Joseph Beuys und Wilfried Heidt das Wort:

Auf der Grundlage bisheriger Parteiprogramme und Ideologien wird die *alte Politik* der Plünderung der Natur, der Mißachtung des Lebens, der Zerstörung unserer Umwelt und des offenen oder verdeckten Abbaus der Grundrechte und -freiheiten der Bürger auch in Zukunft *weiterbetrieben* werden.

Dagegen erhebt sich eine Bewegung der Betroffenen. Sie haben erkannt, daß eine *neue Richtung* der Entwicklung eingeschlagen werden muß, orientiert an den Bedingungen und Lebensgesetzen der Naturgrundlagen, von deren Gesunderhaltung unser aller Zukunft abhängt und ausgerichtet an der unantastbaren Würde des Menschen.

Diese Kräfte haben sich jetzt unter dem Namen „DIE GRÜNEN“ zu einer Aktionsgemeinschaft für Lebensschutz, Friedenssicherung und gewaltfreie soziale Erneuerung zusammengeschlossen. Die traditionellen Klassifizierungen „rechts/links“ sind für sie bedeutungslos. Sie haben erkannt, daß die Erhaltung des *Lebens* nur möglich ist, wenn wir eine Neue Politik des demokratischen Fortschritts durchsetzen, die von *langfristigen Zukunftsaspekten* geleitet wird.

Die alten Parteien verschleiern die Wahrheit

Die alten politischen Parteien und ihre Führer haben versagt. Sie versuchen – auch jetzt bei der Europawahl – dies abermals zu vertuschen, indem sie ihren Programmen ein zeitgemäß erscheinendes Mäntelchen umhängen. Sie geben sich „ökologisch“ und sagen, sich mehr als bisher für den Umweltschutz verwenden zu wollen. Sie geben sich „sozial“ und verkünden zum Beispiel die 35-Stunden-Woche. Sie schwingen das Zepter und propagieren mehr Bürgerbeteiligung. Aber in der Praxis tun sie alles, um so schnell wie möglich den *Atomstaat* durchzupeitschen.

Die GRÜNE ALTERNATIVE, die von verantwortungsbewußten Bürgern aus vielen verschiedenen geistig-politischen Strömungen, Initiativen und Parteien getragen wird, ruft die Mitbürger unseres Landes auf, bei den jetzt bevorstehenden Europawahlen und bei allen künftigen Wahlen kritisch zu prüfen, welche tatsächliche Politik sich hinter den schönen Worten und hinter der Propaganda verbirgt.

Weil wir nicht mehr viel Zeit haben, den Kurs zu korrigieren, muß jetzt deutlich herausgestellt werden, worin die Geister sich scheiden.

Des Pudels Kern

Auf den Kernpunkt zugespitzt, läßt sich die Sache, um die es hier und jetzt geht, folgendermaßen ausdrücken:

Soll unser Leben, daß heißt, soll auch die künftige wirtschaftliche, politisch-soziale und kulturelle Entwicklung in unserem Land und in Europa wie bisher von denen bestimmt werden, die so viel *Geldmacht* in ihren Händen vereinigen, daß sie den bestimmenden Einfluß ausüben können – denn vom „Finanzieren“ hängt doch letztlich ab, was sich gesellschaftlich entwickeln kann?

Wollen wir der Geldmacht weiterhin diese Rolle zubilligen? Oder wollen wir uns entschließen, in allen Zweigen der Wirtschaft wie in allen Angelegenheiten nicht mehr Profit- oder Parteimachtziele zu verfolgen, sondern eine solche Arbeit zu leisten, die sich am menschlichen Bedarf des ein-

zelen in der Gemeinschaft orientiert und dabei selbstverständlich die Lebensbedingungen der Naturzusammenhänge berücksichtigt aus dem Bewußtsein unserer Verantwortung auch für künftige Generationen?

Auf diese Grundfrage läßt sich die Gesamtproblematik unserer heutigen Zeit zurückführen. Und über diese Grundfrage stimmen wir letztlich auch bei den Europawahlen wieder ab.

Heute werden Natur und Mensch dem Profit geopfert

Man kann eine Vielzahl von größeren und kleineren Krisenerscheinungen aufzählen, deren Ursache mit dieser Grundfrage zusammenhängt. Alle Fehlentwicklungen, gegen die sich immer mehr Bürger erheben, sind nicht aus menschlicher Dummheit, Unzulänglichkeit oder unzureichendem technischen Leistungsvermögen aufgetreten. Sie resultieren vielmehr daraus, daß diejenigen, die entscheiden und ihre Entscheidungen durchführen, von ihren wirtschaftlichen und politischen Aktionen sich in erster Linie Profit, persönlichen Vorteil, Erhaltung oder Zuwachs von Macht – und das heißt immer Macht über andere – erhoffen. Dies – und nicht Verantwortung für das Ganze – bestimmt letztlich ihr Handeln.

So wird unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen im Westen wie im Osten Europas nichts unternommen, was nicht seinen letzten Grund darin hat, ganz gleich auf wessen Kosten einen Vorteil herauszuschlagen. Unter solchen Umständen wird selbstverständlich zuerst das kaputt gemacht, was sich nicht zur Wehr setzen kann: Tiere und Pflanzen, das Land und die Gewässer, die Luft, unser gesamtökologisches System. Damit sind wir alle die Opfer der Vergötzung des Mammon.

Wenn die GRÜNEN gegen diesen Wahnsinn der Vernichtung und der Unmenschlichkeit jetzt antreten, wollen sie den Blick nicht nur auf die *Symptome* der heutigen Krise richten und lediglich eine Liste von Forderungen aufstellen für Veränderungen und Verbesserungen in diesem oder jenem Bereich. Das tun ja alle.

Entscheidend ist, das wir sehen: solange das kapitalistische Profitgesetz die ökonomischen Entscheidungen und Entwicklungen diktiert – wie es bestimmend ist für den Westen – und solange parteistaatlicher Zentralismus alle Lebensbereiche der Gesellschaft beherrscht – wie im Osten –, ist es unmöglich, an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientiert zu handeln.

Die Fundamente der Gesellschaft müssen von den Grundlagen her erneuert werden

Bisher konnten wir uns „vor Ort“ immer nur gegen das zur Wehr setzen, was schon Schaden verursacht hatte und wo noch größerer Schaden und noch größere Not drohten. Diese Auseinandersetzungen haben vielen klargemacht, daß wir den Kampf erweitern und unseren Widerstand und unsere alternativen Gestaltungsimpulse durch eine *neue Politik* auch in die Parlamente tragen müssen, um durch eine neue Gesetzgebung die Voraussetzungen für die von der Mehrheit gewünschte Zukunft zu schaffen.

Unsere Vorstellungen von einer solchen Zukunft und von den Wegen ihrer Verwirklichung wollen wir im europäischen Parlament zur Geltung bringen und mit gleichgerichteten Kräften aus den anderen EG-Ländern koordinieren.

Die GRÜNEN hoffen auf Ihre Mitarbeit und Unterstützung, wenn es jetzt darum geht, die neue Richtung deutlich aufzuzeigen und durchzusetzen. Es ist anzunehmen, daß die alten Kräfte mit allen Machtmitteln, die ihnen heute noch zu Gebote stehen, versuchen werden, das Neue zu behindern und zu diskreditieren, zu diffamieren und zu verzerrern. Sie werden in die Mottenkiste der politischen Polemik greifen und von der „Bedrohung der Freiheit und Sicherheit“ reden, die von der neuen Richtung ausgehe. Dem treten wir gelassen entgegen und erklären:

Freiheit und Sicherheit des Menschen waren durch die Wege der bisherigen Politik nie wirklich garantiert.

In der Periode der einseitigen, rein materiellen Wachstumseuphorie haben sich viele über die Wahrheit hinweggetäuscht. Die Erfahrungen der Grenzen eines solchen Wachstums hat die Enttäuschung eingeleitet. Je eher die Menschheit sich dessen bewußt wird, desto größer sind unsere Chancen, Katastrophen noch abzuwenden.

Grundlinien der GRÜNEN ALTERNATIVE

Es ist heute möglich, die Freiheit und Sicherheit eines jeden Menschen durch eine entsprechende *Neugestaltung der Gesellschaft* zu garantieren. Die GRÜNE ALTERNATIVE möchte den Weg bereiten, daß dies für alle Europäer und mit der Hilfe der Europäer auch für die Menschen in anderen Erdteilen Wirklichkeit wird. Es hängt dies entscheidend davon ab, ob eine genügend große Zahl unserer Mitbürger die neue Politik mit ihrer Stimme unterstützen wird.

Die Gesetzes-Initiativen, die von den GRÜNEN auf allen Ebenen entwickelt und parlamentarisch vertreten werden sollen, sind die Elemente einer Rechtsordnung, die Grundlage sein kann für eine soziale Erneuerung, die durch folgende Ziele bestimmt sein sollte:

1. Die wirtschaftliche Alternative:

Solidarität statt Verteilungskämpfe

Im Wirtschaftsleben geht es um die Deckung des Bedarfs aller für ein menschenwürdiges Dasein. Wir sind längst in der Lage, dies für alle Menschen zu erreichen. Weil die Rohstoffe in der Welt sehr unterschiedlich verteilt und die technischen Produktionsmöglichkeiten sehr verschieden hoch entwickelt sind, ist die Verwirklichung einer auf weltweiter *Solidarität* aufgebauten Wirtschaftsordnung die einzige angemessene Lösung zur Verhinderung barbarischer Verteilungskriege.

Private Verfügungsrechte im wirtschaftlichen Produktionsbereich und auf Profiterzielung gerichtetes ökonomisches Handeln stehen dieser solidarischen Alternative ebenso schrecklich im Wege wie staatsbürokratischer Planungsdirigismus. Die Gesetzes-Initiativen der GRÜNEN müssen sich darauf richten, den Produktionsbereich von diesen Zwängen zu befreien, damit die Produktionsstätten ihre Arbeit auf den Bedarf der Konsumenten ausrichten können. Alles andere ist sinnlose Vergeudung von Fähigkeiten, Rohstoffen und Energien.

Zur Erfüllung der Aufgaben einer *solidarischen Wirtschaft* kommen nur zwei grundlegende Gesichtspunkte in Frage: a) die Naturgrundlagen müssen gesunderhalten bleiben, denn ohne diese gibt es kein menschenwürdiges Dasein und b) die Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Initiativen in der Arbeit frei entfalten können. Die Tätigen selbst müssen gemeinschaftlich die Verantwortung für ihre jeweilige Produktionsstätte haben und die zur Leitung der Unternehmen Befähigten für die Wahrnehmung ihrer Funktionen demokratisch bevollmächtigen.

Die Wirtschaft als den Schauplatz des Kräftemessens der Mächte „Arbeit“ und „Kapital“ anzusehen und entsprechend zu betreiben ist ein Anachronismus, der die Geltung des herrschenden Kapital- und Arbeitsbegriffs in die Zukunft fort setzt.

Weil die Wirtschaft unser gemeinsames Unternehmen zur Deckung des Bedarfs der Menschen

ist, haben diejenigen, die ihre Fähigkeiten in der Arbeit einsetzen, um mit allen anderen Tätigen zusammen – heute im Rahmen weltwirtschaftlicher Kooperation – das Notwendige zu leisten, auch gemeinsam die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung zu tragen. Alle Tätigen sind als die Träger der Leistungen in einer rechtlich grundsätzlich gleichen Position. Sie haben zwar verschiedene Leistungsmöglichkeiten und Fähigkeiten, und sie mögen auch verschiedene Einkommensansprüche haben. Aber aus der Sache heraus ist es ein Widerspruch, sie als Menschen verschiedenen Rechts – „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ – zu betrachten. Dieser Gegensatz muß fallen, und an seine Stelle muß eine freie und demokratisch legitimierte *Selbstverwaltungsordnung für alle Produktionsstätten* und für die Art ihrer Verbindung untereinander treten.

Diese Alternative stellt das Wirtschaftsleben unter keinerlei Zwänge. Sie schafft die Bedingungen, damit sich aus dezentral-assoziativen Entscheidungsprozessen dasjenige entwickeln kann, was von den Menschen als das Gesunde, ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten Entsprechende empfunden wird und erkannt ist. Irrtümer und Fehler sind möglich. Aber möglich ist auch, sie zu korrigieren, wenn keine Machtkonzentration das mehr verhindern kann.

2. Die kulturelle Alternative:

Freiheit statt Fremdbestimmung

In allen kulturellen Belangen – in der Erziehung, Schule, Wissenschaft, Kunst und Religion –, in der Berufsausbildung und in allen Zweigen des Informationswesens geht es um die freie Entfaltung aller Impulse und Intentionen, die sich aus den unterschiedlichen geistigen Perspektiven der Menschen ergeben. Ein Interessengegensatz zwischen wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung ist nicht denkbar, weil durch die Rechtsgrundlagen der solidarischen Wirtschaftsordnung die bisherige Trennung zwischen Ökonomie – als dem Handfesten und Realen – und Kultur – als dem Überbau und auf jeden Fall Untergeordneten – aufgehoben ist. Die von wirtschaftlicher Einflußnahme befreite Kultur kann daher ganz aus dem geistigen und moralischen Fundament des Menschen jene Kräfte und Werthaltungen aktivieren, nach denen sich die künftigen Entwicklungen richten sollen.

Die Verwirklichung dieser *freiheitlichen Alternative* macht auch solche Gesetzesinitiativen notwendig, die alle staatliche Bevormundung der

Kultur aufheben. Die kulturellen Unternehmen müssen das Recht haben, die ihren Aufgaben entsprechende Selbstverwaltungsstruktur zu entwickeln.

3. Die monetäre Alternative:

Demokratisierung statt Monopolisierung des Geldes

Es ist notwendig, das Geschäft mit dem Geld und die Macht des Geldes zu beenden. Die GRÜNE ALTERNATIVE, wie sie von der Aktion 3. Weg und von der Freien Internationalen Universität verstanden wird, sieht die Aufgabe der *Geldordnung* darin, den Produktionsbereich in dem Umfang zu kreditieren, wie es für die Erledigung der Aufträge, die die Konsumenten erteilen, erforderlich ist. Verzinsung ist sinnlos, denn die Produktionskredite werden ja nicht aus privaten Geldmitteln von Konsumenten gebildet. Sie werden – in Verbindung mit der Zentralbank – von den Kreditbanken bereitgestellt, womit volkswirtschaftlich die Aufgabe verbunden ist, den Geldumlauf zu regeln.

Das gesamte System der Besteuerung kann radikal vereinfacht und auf das reduziert werden, was für die Finanzierung der staatlichen Verwaltung im engeren Sinne noch nötig ist, nach dem alle kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die bisher von Staatswegen „betreut“ wurden, durch entsprechende Gesetzesinitiativen der Selbstverwaltung des jeweiligen Gebietes eingliedert wurden.

Und wonach soll sich künftig – in Geld ausgedrückt – die Höhe des *Einkommens* der Menschen richten?

Nun, zunächst einmal muß das Einkommen als elementares Menschenrecht angesehen werden, das die Vorbedingung für alles weitere ist. Unsere heutigen Produktionsmöglichkeiten sind soweit entwickelt, daß dieses Grundrecht für jeden Menschen erfüllt werden kann.

Dem *Grundrecht auf Einkommen* muß aber gegenüberstehen die *Grundpflicht zu einer selbstgewählten Arbeit* (wenn der Mensch gesund ist und

diese Pflicht erfüllen kann). Denn mit seiner Arbeit trägt ja jeder dazu bei, daß die anderen ihr Einkommen finden können. Sowohl das Maß der Arbeit wie die Höhe des Einkommens sind Fragen, die im allgemeinen – also gesamt-gesellschaftlich durch eine gewisse Rahmenregelung – und im besonderen – also durch die jeweilige Betriebsgemeinschaft – demokratisch vereinbart werden müssen.

4. Die staatlich-politische Alternative:

So wenig Staat wie möglich

Weil durch diese grundlegenden Erneuerungen die Ursachen von nahezu allen heutigen ökologischen und sozialen Schäden beseitigt werden, bleibt für den staatlich-politischen Bereich im wesentlichen nur noch dasjenige zu tun, was für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten und für die Abwicklung der demokratischen Gesetzgebung sowie für die Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze geschehen muß.

Machen wir die Parlamente zu Organen der Basisdemokratie!

Jetzt geht es darum, die GRÜNEN möglichst stark zu machen, damit in den Parlamenten – angefangen vom Europaparlament –, über den Bundestag, die Landtage bis hin zu den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten die Konsequenzen der neuen Politik in allen Einzelheiten durchdacht, diskutiert und baldmöglichst verwirklicht werden.

Schon die Diskussion wird neues Leben in die Parlamente bringen. Aber das genügt nicht. Weil es um zentrale Grundfragen der Gestaltung unseres künftigen Lebens, vielleicht sogar um die einzige Chance des Überlebens geht, sollten sich möglichst viele Bürger aktiv und intensiv in die Diskussion einschalten. Mitbestimmen setzt mitdenken und mitreden voraus. Deshalb wollen die GRÜNEN auch alle unsere Parlamente zu Organen der Basisdemokratie machen, und dazu brauchen wir die Unterstützung vieler Mitbürger.